

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Anzeigen

haben die einspaltige Kolonelleise
über deren Raum Nr. 0.50.
Reklamen Nr. 1.—

Bezugspreis

monatlich Nr. 1.80, mit Bringer-
schein Nr. 2.—. Durch die Post
bezogen vierteljährlich Nr. 6.—
auschl. Postgebühren.

Anzeigen-Blatt für

Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger)

(Schiersteiner Nachrichten)

(Schiersteiner Tagblatt)

.. .. (Schiersteiner Neueste Nachrichten)

(Niederwallauer Zeitung)

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Fernruf Nr. 584.

Nr. 100.

Donnerstag, den 21. August 1920.

28. Jahrgang

Das Saargebiet.

Eine deutsche Note.

Berlin, 24. August.

Innerhalb der internationalen Kommission, die mit
Abgrenzung des Saargebietes betraut ist, kam es be-
reits vor einiger Zeit zu Meinungsverschiedenheiten
zwischen dem deutschen Vertreter und den übrigen Mit-
gliedern. Die Kommission wollte die als Grenzen des
Saargebietes bestimmten Verwaltungsgrenzen abändern. In-
folge dessen erklärte der deutsche Kommissar dies für
unzulässig und lehnte eine Beteiligung an der Beschluß-
fassung ab. Es entspann sich sodann, wie wir hören, ein
heftiger Notenwechsel über die Angelegenheit. Die Allii-
erten verlangten von Deutschland, daß es seinen Vertre-
tern, eine Abänderung der Verwaltungsgrenzen als
unzulässig anerkennen und führen dabei aus, der deutsche
Kommissar habe anfänglich denselben Standpunkt einge-
nommen wie die übrigen Kommissare und seine Meinung
hinter geändert. Die deutsche Regierung übergab da-
her der Friedenskonferenz Anfang Juni eine ausführliche
Note, worin sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters
klarstellt und erklärt, daß sie nach ge-
richtiger Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar
erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. In
der Note wird eingeleitet, daß die deutsche Regierung
daß die Grenzen von Verwaltungsbezirken unzmög-
lich weiter als Landesgrenzen umgewandelt wer-
den können. Die Minderheitnahme auf die östlichen und
südlichen Interessen mache geringfügige Abänderungen
unzulässig: solche Abänderungen seien durch den Friedens-
vertrag keineswegs verboten. Im übrigen wird in der
Note der Vorwurf widersprüchlichen Verhaltens gegen
den deutschen Kommissar wiederholt, und am Schluß er-
klärt, wenn die deutsche Regierung nicht für die baldige
Entscheidung der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten
würden, würden sich die Alliierten genötigt sehen, diese Ar-
beiten durch ihre Kommissare weiterführen zu lassen. Die
deutsche Regierung erklärt, daß die deutschen Mitglieder der
Kommission im Gegensatz zu denen der alliierten
keine Uniform tragen dürfen.

Diese Note hat die deutsche Regierung vor kurzem be-
antwortet. In der deutschen Antwort wird darauf hingewiesen,
daß Artikel 48 des Friedensvertrages eine Berücksichtigung
der Interessen nur für solche Teile der Grenze
vorsehe, die als die im Gelände festzulegende Li-
nien bezeichnet worden sei. Hieraus und aus einem Ver-
gleich mit den anderen Bestimmungen des Vertrages folge,
daß eine Abänderung der durch die Verwaltungsgrenzen ge-
gebenen Grenzschritte unzulässig sei. Zu solchen Ab-
änderungen liege auch keine Notwendigkeit vor: wenn öst-
liche Interessen zu berücksichtigen seien, so geschehe dies
durch ein Abkommen über den Grenzverlauf als durch
Grenzveränderungen. Im übrigen wünsche gerade an
dieser Stelle, wo die Grenzkommission eine Grenzänderung
vornehmen wollte, die beteiligte Bevölkerung selbst eine
Stimme zu haben. Die gegen den deutschen Kommissar er-
hobenen Vorwürfe erklärt die deutsche Regierung auch nach
seiner Prüfung für unbegründet. Die deutsche Note
schließt mit dem Satz: Die deutsche Regierung muß ihre
Ansprüche, wonach die Vorschläge der alliierten
die Möglichkeit in sich schließen, deutsches Gebiet
aus dem Friedensvertrag bestimmte Maß hinaus einer
anderen Regierung zu unterstellen, aufrechterhalten. Die
deutsche Regierung ist nicht in der Lage,
den Kommissar anzuweisen, daß er eine Abänderung von
Verwaltungsgrenzen als zulässig anerkennen, schon weil
eine Zustimmung der gescheiterten Körperschaften zur
Abänderung einer solchen Anweisung nicht befaßt sein würde.
Die deutsche Regierung ist daher gezwungen, die Angelegenheit einer neuen Prüfung zu un-
terstellen. Sollten die alliierten Mächte sich der Auffas-
sung der deutschen Regierung nicht anschließen zu können,
so würde sie die zweckmäßigste Lösung darin er-
sehen, daß die Entscheidung der Streitfrage einem Schieds-
gericht überlassen wird. Im Anschluß hieran erklärt sich
die deutsche Regierung bereit, ihren Kommissar zur sofort-
igen Entlassung der Arbeiten anzuweisen unter Vor-
behalt der Entscheidung des Schiedsgerichts. Schließlich
erklärt die deutsche Regierung ihren Protest gegen das dem
alliierten Mitglied einer internationalen Kommission
entgegenstehende Verbot des Uniformtragens für die deut-
sche Regierung.

Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 24. August.

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf an das
deutsche Volk:

Das Gesetz über die Entwaffnung ist in Kraft ge-
treten. Die erforderlichen ersten Ausführungsbestimmungen
sind mit Zustimmung des Reichstages-Betrates festgesetzt.
Geboten ist es jetzt, das deutsche Volk auf die Schwere
des Gesetzes hinzuwirken. Die Verpflichtungen, die
wir durch den Friedensvertrag und die Vereinbarungen von
Spa übernehmen mußten, verlangen das Entwaffnungs-
gesetz. Unübersehbar sind die Folgen, wenn die Entwaff-
nung nicht gelingt. An alle Volksgenossen geht die Auf-
forderung, die Waffen herauszugeben. Wer sein
Vaterland nicht neuerlich infolge der Nichterfüllung des
Friedensvertrages in schwere Gefahren stürzen will, darf
sich der Forderung der Waffenabgabe nicht entziehen. Die
Erfüllung der Vorschriften, die zur Durchführung der Waf-
fenabgabe erlassen worden sind, ist gebieterische Notwen-
digkeit. Die Entwaffnung der Bevölkerung ist für uns
Zwang und gleichzeitig Lebensfrage. Die Waffenabgabe
wird gleichmäßig und unparteiisch gegen Jeden durchge-
führt, mag er in seiner politischen Anschauung rechts oder
links stehen. Wer säumig ist und widerwillig bleibt, den
muß die schwere Strafe des uns in Spa abgeforderten
schweren Gesetzes treffen. Wir müssen durch die Tat auch
hier den festen Willen zur Erfüllung der übernommenen
Pflichten beweisen: sonst drohen uns neue schwere Be-
lastungen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben vernichten
würden.

Berlin, den 21. August 1920.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichskanzler: Fehrenbach.

Russisch-polnischer Krieg.

Warschauer zuständige Stellen teilen mit, daß die pol-
nischen Truppen im Raum von Lodz einen gro-
ßen Sieg über die weichen Russen errangen und
hierbei über 130 Geschütze erbeuteten. An diesem Kampf
hatten auf polnischer Seite sogar Train- und Kanzen-
mannschaften teil. Die Truppen des Generals Zi-
belinski haben das links des Bug liegende Gebiet von den
Russens gefürchtet und die Städte Grubiszow und Sorobee-
row erobert. Westlich von Lemberg dauert der Rückzug der
Russens an. Die Russens haben Kamionka und Strum-
lowa am oberen Bug erreicht.

Nach einer Meldung des "Pesti Pariser" aus War-
schau wurde die polnische Offensive auf der ganzen Front
mit wachsendem Erfolg an. Man nimmt an, daß 6 bis
8 bolschewistische Divisionen vollständig vernichtet und 8
weitere zur Hälfte geschlagen sind. Die Zahl der Gefan-
genen beläuft sich auf ungefähr 40 000. Nur die 4. und
14. Armee sind imstande, weiter zu kämpfen. Die
vierte Armee, die mit ihrer Spitze gegen Warschau vor-
gerückt war, zieht sich rasch zurück, um nicht abgeschnitten
zu werden. Das bolschewistische Oberkommando hat den
Truppen, die noch bei Lomzha stehen, den Befehl ge-
geben, um jeden Preis standzuhalten, damit der roten Ar-
mee die Möglichkeit des Rückzugs offen bleibt.

Die Verhandlungen in Wlinsk.

Die polnischen Friedensdelegierten haben in Wlinsk
erklärt, daß Polen nur jene Gebiete beanspruche, die von
einer überwiegend polnischen Bevölkerung bewohnt sind.
Die übrigen Teile des Königreichs Polen sollen das
Selbstbestimmungsrecht erhalten.

Mäßigere Bedingungen.

Der Korrespondent des "Daily Chronicle" in War-
schau meldet, daß die russischen Delegierten in Wlinsk mit
Rückblick auf die Erfolge der Polen gemäßigtere Friedens-
bedingungen stellen.

Entwaffnung und Internierung.

Die Zahl der nach Ostpreußen über tretenden Russen
nimmt sich fortwährend. Unter den letzten Übergetretenen
befindet sich auch ein ganzer Brigadestab. Ihre Entwaff-
nung ging bisher in voller Ruhe und Ordnung vor sich.
Die entwaffneten Truppen sind gezwungen, auf freiem
Feld zu kampieren, da es an Unterkunftsmöglichkeit für
die Massen fehlt. Die Zahl der zur Verfügung stehen-
den deutschen Sicherheitsmannschaften ist außerordentlich
gering. Die durch den massenhaften Uebertritt hervorgeru-
fene Situation kann deshalb unter Umständen sehr be-
denklich werden, wenn die Entente nicht bald die be-
notigte Tonnage zum Abtransport bereitstellt. Der Ober-
präsident von Ostpreußen hat sich entschlossen, die neu-

wehrtete Ortswehr aufzurufen, damit sie den Sicherheits-
mannschaften bei der Entwaffnung zur Seite steht.

Der Verbündete der Russen.

In einer Besprechung der russischen Niederlage schloß
es in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung": In der
Stunde seiner Not kann der Bolschewismus mit vollster
Sicherheit auf einen Verbündeten zählen, auf den russi-
schen Wirt. Keiner seiner Gegner wird sich deshalb zu
einer drohenden Gefahr für Moskau gestalten können.

Die Neutralität Danzigs.

In Artikel zur Beiderung Litwas, die Landung
von Munitionsendungen in Danzig nicht zu gestatten, tro-
ten die englischen Wirtler den französischen Anschuldigun-
gen, daß Litwa unrecht gehandelt habe, entgegen. Sie
legen dar, daß Litwa sich einer ersten praktischen Frage
gegenüber gesehen habe. Die deutschen Seewerkschaften
seien gegen jede Landung von Munition gewesen. Jeder
Versuch, Munitionsendungen durch polnische Arbeiter an-
zuladen zu lassen, würde zu einem Blutbade geführt haben.

Die Neutralität Belgiens.

Der Kabinettsrat hat beschlossen, seinen Entschluß
in der polnischen Angelegenheit nicht abzuändern, solange
nicht bestätigt ist, daß die Souveränität Polens, die durch
den Vertrag von Versailles garantiert worden ist, durch
die Friedensbedingungen der Russen in Gefahr gerät.

Amerikanische Vorstellungen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Polen
durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in
Warschau informell Vorstellungen gemacht, in denen Po-
len davor gewarnt wird, seinen Herrern zu gestatten, die
Gegensätze die ethnographischen Grenzen Polens
zu überschreiten.

Bolschewistische Mordtat.

Nach einem Telegramm des Bevollmächtigten der
ungarischen Regierung in Warschau wurde der ungarische
Oberleutnant Timor Kovacs, Kommandeur der Auf-
nahmesektion für ungarische Kriegsgefangene in Warschau
am 6. Juli bei der Bahnstation Gzarn-Ostrow von
den Bolschewiken ermordet. Die ungarische Regierung
wandte sich an den Warschauer Vertreter der internatio-
nalen roten Kreuzes, um durch seine Vermittlung von
der Sowjetregierung Genugung zu verlangen.

Ein neuer Sieg Wrangels.

General Wrangel hat einen weiteren großen Er-
folg zu verzeichnen, indem er über 1000 Gefangene machte
und 34 Geschütze und 100 Maschinengewehre erbeutete.
Das ganze Gebiet links des Dnepr ist jetzt vom Feinde
frei. Die Offensive der in der Gegend des Don gelan-
den russischen Truppen schreitet erfolgreich vorwärts.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Amstisch wird mitgeteilt: Die Lage in Ober-
schlesien hat sich in keiner Weise gebessert.
Die Arise Kattowitz, Hindenburg, Beuthen, Zarnowitz,
Biele und Rybnik sind in den Händen der polnischen In-
surgenten. Deutsche Enklaven sind lediglich nur die Städte.
Das flache Land ist überflutet von polnischen Banden.

Die Polen haben in den von ihnen besetzten Gebie-
ten eine Art Selbstverwaltung eingerichtet. Die Bildung
der Ortschaftswehren, die von Polen sowohl als Deut-
schen zusammengefaßt werden sollen, macht in einigen Or-
ten Schwierigkeiten, weil die Polen die Mehrheit in die-
sen Wehren verlangen. Andererseits wünscht man von
deutscher Seite nicht, daß dort Waffen an die Polen ab-
gegeben würden, weil dadurch die Sicherheit der Deut-
schen erst recht ernstlich in Frage gestellt würde.

In Kattowitz Stadt und Land ist unter dem
Vorhitz des französischen Hauptmannes Pelanne eine
Qualifikationskommission, bestehend aus drei Deutschen
und drei Polen gebildet worden, die die Organisation der
Bürgerwehren in Angriff nehmen soll. Die Zu-
sammensetzung dieser Bürgerwehren soll nach der Stärke
der Neutralitäten auf Grund der letzten Gemeinderats-
entscheidungen erfolgen.

Wie der Berliner "Volksanzeiger" aus Rybnik mel-
det, hat der italienische Oberst Besenti den Polen im
Landkreis Rybnik ein Ultimatum an Ablieferung
der Waffen zugehen lassen, widrigenfalls er sich ge-
zwungen sehen würde, die allerhöchsten Maßnahmen ge-
gen die polnischen bewaffneten Banden zu ergreifen. Die
Gewerkschaften und die Parteiführer der Sozialdemo-
kratie und der Unabhängigen in Kattowitz geben eine ge-
meinsam aufgestellte authentische Darstellung der Ver-
hältnisse in Oberschlesien, in der gesagt wird: Allen Voraus-

gen tag nichts anderes zugrunde als der einfache Wille zur unbedingten Neutralität und zur Erhaltung von Ruhe und Frieden im Lande. Die Tatsache, daß überall dort, wo bei den Demonstrationen kein Militär aufgetrieben wurde, deren Verlauf ruhig war, liefern den Beweis, daß keine deutsche Organisation Ausschüßigkeiten im Schilde führte. Nach Zeitungsmeldungen aus Moskau sind die polnischen Banden immer noch bewaffnet und drangalierten die deutsche Bevölkerung. In Soldau sollen die Polen ein wahres Schreckensregiment führen.

Die Selbstverwaltung für Oberschlesien!

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Oberschlesien gemeldet wird, erwartet man dort, daß von der deutschen Regierung in den nächsten Tagen die Einladung zu einer Konferenz über die Gewährung der Autonomie für Oberschlesien erfolgen wird.

Sorgen der Reichsregierung.

Unter dem Vorbehalt des vom Urlaub zurückgekehrten Reichsministers Lehmann hat in Berlin eine Kabinettssitzung stattgefunden und es verbietet sich, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wird. Ueber die politische Lage soll in dieser Kabinettssitzung gesprochen worden sein und in der Tat ist unsere politische Situation fast allzu reichlich wieder mit Blau- und Weißstich angefüllt. In Oberschlesien hält die Verwirrung anscheinend noch an. Gegenüber Meldungen, daß Ruhe und Ordnung allmählich wieder zurückkehren, wird von deutschen ober-schlesischen Organen immer noch behauptet, daß die Polen ihr Ziel einer gewaltsamen Beherrschung wichtiger ober-schlesischer Plätze noch nicht aufgegeben haben. Die Stadt Pless soll von den Polen besetzt worden sein, Hybnitz sei vollständig von den Polen umzingelt und auch an anderen Stellen zeigten sich bewaffnete polnische Banden, sobald mit weiteren Zusammenstößen gerechnet werden müsse. Die vereinigten Verbände heimatsloser Oberschlesier haben an den Reichsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie vor jedem Optimismus als gefährlich und unberechtigt warnen. Die deutsche gesammte Bevölkerung sei völlig schulplos und der Haß der bewaffneten polnischen Banden richte sich ganz besonders gegen die deutschen Organisationen. Die deutschen Kreise befürchten für Oberschlesien das Schicksal Posen und erwarten von der Reichsregierung Rettung.

Zu diesen Sorgen um deutsches Land an unserer Ostmarke kommen die beunruhigenden — von den einen als Bedrohlichkeiten, von den anderen als Erscheinungen symptomatischer Art ausgelegten — Vorgänge in Mitteldeutschland und an der Ruhr. Bewaffnete Banden bringen in eine Kleinstadt ein, reißen die Verwaltung an sich, plündern und rauben oder wie sie es nennen: requirieren, setzen die ordnungsmäßige Verwaltung ab und rufen eine Rätereipublik aus. Ihre Herrschaft war zwar immer nur von kurzer Dauer, aber Unsicherheit und Unordnung wird so doch in wachsendem Maße geschaffen. In Berlin wird seit fast acht Tagen von Eisenbahnern unter radikalem Einfluß der Weitertransport von Waffen und Munition für die Sicherheitspolizei in Ostpreußen verhindert, obwohl über den Verwendungsziweck und den Bestimmungsort der Transporte wirklich Zweifel nicht mehr bestehen können. Die deutschen Eisenbahner haben wie jeder andere Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, über die strenge Durchführung der von der deutschen Reichsregierung proklamierten Neutralität in dem Kampf zwischen Polen und Russen zu wachen. Gerade ihnen ist dabei eine wichtige Aufgabe zugefallen, aber in der Erfüllung dieser Aufgabe darf nicht Willkür und Eigenmächtigkeit einzelner Betriebsräte den geordneten Verkehr lahmlegen. Unbedachte Uebergriffe gegen nach dem Friedensvertrag berechnete Transporte der Entente haben bereits zu ersten Vorstellungen bei der Reichsregierung geführt und haben die Forderung auswärtigen Politik zu zweifellos demütigenden Entschuldigungsgängen veranlaßt. Nun halten anscheinend gewisse Betriebsräte den Zeitpunkt für gekommen, eine über alles berechnete Maß hinausgehende allgemeine Verkehrskontrolle einzuführen.

Wolff Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

83) Frau Kumpfer mochte in der Mitte der dreißiger Jahre sein. Sie war von lebhaftem Temperament, hatte dunkles Haar und gebräunten Teint. Ihre milden Züge ruhten mit fast mütterlichem Ausdruck auf dem blassen Gesicht der Frau Hinrichsen. Sie ahnte mit dem natürlichen Instinkt der Frau sofort, wie es in der Seele der Angekommenen aussah.

In einem traulichen Winkel der prunkvollen Wohnung saßen die Drei nun stundenlang zusammen und tauschten Eindrücke und Erinnerungen aus.

Ihr Mann war vor acht Jahren als Bahningenteur hier angekommen. Bei den Trassierungsarbeiten einer neuen Gebirgsbahn wurde eine wertvolle Erzader entdeckt. Die Aktionäre der Gesellschaft erwarben nun das ganze Gelände, in welchem die Prospektoren das Erz durch Bohrungen festgestellt hatten, und errichteten ein Bergwerk. Kumpfer trat zu der neu gegründeten Bergwerksgesellschaft über und wurde nach vier Jahren technischer Direktor mit einem hohen Gehalt und Anteil am Gewinn. Das Bergwerk lag nicht weit von der Hafenstadt entfernt. Es wurde im sogenannten Tagebau ausgebeutet, d. h. von oben her abgesprengt und abgetragen, etwa so, wie man einen Steinbruch verwertet. Die persönliche Anwesenheit auf dem Werke war nur an zwei bis drei Tagen in der Woche nötig. Kumpfer konnte deshalb seinen Wohnsitz in Balparaiso beibehalten und kaufte zu diesem Zweck das schöne Landhaus, welches bis dahin einem feinsinnigen Needer gehört hatte.

Das war in kurzen Umrissen der Lebensgang ihres Mannes in Amerika, den sie der aufstrebenden Adèle zur Information mitteilte.

„Aber wie ist's mit Ihrer Unterkunft?“ unterbrach sie sich plötzlich. „Haben Sie schon ein Asyl gefunden?“

Die Frage wurde verneint.

„Das ist ein Glück. Hier ganz in der Nähe ist etwas Passendes für Sie. Ein reizendes kleines Haus im Villenstil, mit Garten. Es wird Ihnen gefallen. Ein

Die preussische Staatsregierung ist den Eisenbahnern weit entgegengekommen. Die Reichsregierung — und das ist in der Kabinettssitzung zum Ausdruck gelangt — ist nicht zurecht, den Forderungen der Eisenbahner noch weiter nachzugeben, weil sonst die Gefahr entsteht, daß der Realeigentum das Verfügungsrecht über die Transportwege völlig unterliegt.

Schwer wird uns der Wiederaufbau gemacht. Das wirtschaftliche Leben steht in erschreckendem Maße. Neben sich nun weiter die absichtlichen, aus politischen Erwägungen entspringenden Betriebsstörungen, häufen sich Anbedachtenswerten und Willkür, dann wird das Chaos nur noch größer. Darum ist es die Pflicht der Regierung, solchen Uebergriffen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, mit allem Nachdruck und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. F. 3.

Zur Tagesgeschichte.

Die Entwaffnungsfaktion.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, hat der Presse eingehende Darlegungen über die bevorstehende Entwaffnungsfaktion gemacht. Aus ihnen geht hervor, daß als Termin für die freiwillige Ablieferung der Waffen die Zeit vom 1. September bis 1. November vorgegeben ist. Auf rechtzeitige Ablieferung sollen recht beträchtliche Prämien gesetzt werden. Es besteht für jeden Deutschen Anzeigepflicht über ihm bekannt gewordene Waffen- und Munitionslager. Ablieferungsstellen sind die Gemeinden, ohne daß dadurch die Freizügigkeit der Ablieferung irgendwo beeinträchtigt wird. Der Entwaffnungskommissar ist gefonnen, die Abgabe mit größter Objektivität nach Recht und Pflicht durchzuführen.

Verarbeiter-Forderungen.

Die Bergarbeiterverbände haben den Lohnstarif im Ruhrbergbau gekündigt und fordern eine Lohn-erhöhung von 6 Mk. pro Schicht für Untertagsarbeiter und 65 Pfg. pro Stunde für Ubertagsarbeiter. Auch die Angestelltenorganisationen haben den Lohnstarif zum 31. Aug. gekündigt.

Nachklänge von Luzern.

Die englische Botschaft hat dem französischen Minister des Auswärtigen den Text des Communiqués über die Zusammenkunft Lloyd Georges und St. Louis in Luzern bekanntgegeben. Daraufhin übergab der Minister des Auswärtigen der englischen Botschaft folgende Note: Die französische Regierung dankt der englischen und italienischen Regierung für die gemachte Mitteilung. Sie freut sich, feststellen zu können, daß in den gepflogenen Unterhandlungen nichts enthalten ist, was nicht übereinstimmt mit den Prinzipien, die sie stets befolgt habe.

Allerlei Nachrichten.

Ueberfall eines Eisenbahnwagens.

Nach Nachrichten aus Haifa sind bei dem Angriff auf den Eisenbahnzug zwischen Aherbet und Chazaleh der Innenminister Abd-El-Bach-El-Khadi, ein französischer und ein arabischer Offizier, sowie ein französischer Geisler und mehrere Soldaten getötet worden. Gegen die drei Dörfer, die für das Attentat verantwortlich sind, ist eine Strafkolonne unterwegs.

Serbisch-albanische Kämpfe.

Wie der „Temp“ berichtet, haben die Albaner bei Dibra einen Sieg über die serbischen Truppen errungen. Die Serben sollen 2000 Mann, mehrere Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre eingebüßt haben. Die Regierung von Tirana hat ihren Truppen den Auftrag erteilt, die im Jahre 1913 festgesetzte Demarkationslinie nicht zu überschreiten, da die Regierung die Antwort auf eine nach Belgrad gerichtete Note abwarten wolle.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der deutsche Reichsernährungsminister ist in London eingetroffen. Wir erfahren dazu von zuverlässiger Stelle, daß die von Hermes dort geführten

Verhandlungen das Abkommen von Spa betreffen, besonders die Ausführungsbestimmungen, nach denen die im Abkommen festgelegten Zuschüsse gewährt werden sollen.

Berlin. In der ausländischen Presse wird Nachricht verbreitet, daß der Reichsminister des Innern mit Lloyd George am 26. 8. in der Hauptstadt nachgefragt habe. Die Nachricht ist völlig aus der gegriffen.

Berlin. Wie der Generalbevollmächtigte des kaiserlichen Anhalts mitteilt, ist die nach der „Kölnischen Zeitung“ verbreitete Nachricht, daß die Prinzessin Joachim von Preußen sich mit einem Guera verlobt habe, unrichtig.

Paris. Wie der „Tribune“ aus Washington erfährt, hat die amerikanische Regierung beschloffen, die Armee um etwa 100 000 Mann zu erhöhen. Es würde der Effektivebestand der Armee von 175 000 auf 200 000 Mann gebracht werden.

Paris. Havas bezeichnet die Meldung über unmittelbare bevorstehende Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand als unzutreffend.

Brüssel. Der Minister des Auswärtigen tritt seine Demission ein. Seine Demission wird mit der von der russisch-polnischen Konflikt eingenommenen Lage begründet.

Basel. Lloyd George äußerte sich einem schen Journalisten gegenüber, daß die Finanzkommission am 24. September gleichzeitig mit der Kommission Brüssel über Anleihe- und Valutastagen beraten wird. Stollitt bemerkte in einer Unterredung mit einem schen Journalisten, daß die Abfrage zwischen den und Jugoslawen direkt geregelt werde.

London. Kamenew und Krassin haben ihre Botschaft verlassen und sollen beabsichtigen, England Freitag zu verlassen.

London. Seit Montag sind in Irland 40 Gebäude, die Sinnkämpfern und Nationalisten als Niederquartiere dienten, niedergebrannt. Es handelt sich um eine Repressalien die Ermordung des Polizeikommissars von Dublin.

Aus dem besetzten Gebiet.

Minister Koch über seine Reise.

Berlin, 24. August. In der heutigen Kabinettssitzung hat der Reichsminister des Innern Koch über seine Reise ins besetzte Gebiet. Er hob hervor, daß in zahlreichen Besprechungen mit den Angehörigen aller Stände und Bevölkerungsschichten die kraftvolle Entschlossenheit ergab, womit die Bevölkerung an dem Reich festhalte. Durch bewachte und tendenziöse Propaganda der Bevölkerung auf ihre nationalen Pflichten hingewiesen sei ungewöhnlich und werde von allen Kreisen mit Interesse und Begeisterung aufgenommen. Die Besetzung des besetzten Gebietes entschieden abgelehnt. Gegen sei es von der größten Bedeutung, die hohe und ständige deutsche Kultur des Rheinlandes zu fördern, dadurch den Zusammenhalt des Rheinlandes mit der deutschen Kultur zu stärken. Ueber die Wege habe er mit den Führern des Bildungswesens, der Kunst, des Sports und der Jugendpflege eingehend besprochen. Ferner eine Reihe wirtschaftlicher Beschwerden, die dem Reichsminister gegenüber geltend gemacht wurden, den die Ministerien zur Berücksichtigung überwiesen seien. Endlich wurden die durch die starke Besetzung des Landes hervorgerufenen Beschwerden und alle damit verbundenen interalliierten Kommissionen geführten Verhandlungen des Reichsministers erörtert.

Der Reichsminister des Innern äußerte sein Bedauern, daß sich die deutschen Touristen von Baden am Rhein abhalten ließen. Es sei erwünscht, daß deutschen Touristen so viel wie möglich am Rhein bleiben. Auch sei es wünschenswert, so häufig wie möglich Kongresse und Versammlungen in rheinische Städte zu leiten.

von seiner Seite alles geschähe, was nach Lage der Dinge irgend möglich ist. Dafür stehe ich ein.“

„Ich danke Ihnen, liebe Freundin.“

Nach der gleichen Abend sah beide Familien umrunden Tisch im Speisezimmer des Hauses vereinigt. Direktor Kumpfer, etwas älter als Hinrichsen, mit sonnenverbranntem Gesicht, und blickte über das Meer, war eine überaus sympathische Erscheinung. Adele namentlich konnte es sehr gut begreifen, daß von den vielen Mitbewerbern um den Direktorenposten des großen Bergwerks gerade er der Wahlgewählte geworden war. Charakterfestigkeit und Energie sprachen aus seinen grauen Augen. Er interessierte sich zu, was Hinrichsen ihm von der letzten abemaligen Ausfahrt in Amerika berichtete — unter dem Siegel der Verschwiegenheit.

„Das ist ja ein ganz sonderbarer Fall, den mir da erzählen, lieber Hinrichsen“, nahm der Direktor das Wort. „Sie sehen mich ganz betroffen von der Tragik des über Sie hereingebrochenen Verhängnisses, der Ihren Bruder Sie konnte, und für dessen Unschuld ich jedem gegenüber einstehen würde, ich bin Ihnen nachfühlen, daß Sie mit Ihrem feinen Empfinden in der alten Umgebung gelitten haben werden, und die Erlösung betrachten mußten, Deutschland den Rücken kehren. Bis hierher ist von der Affäre kein Wort gedrungen. Damit will ich natürlich nur sagen, daß der Vorfall in unserem deutschen Klub nicht erörtert, d. h. allgemein bekannt geworden ist, gleich er in den deutschen Zeitungen, die in den Räumen ausliegen, wohl enthalten gewesen sein mag. Aber sagen Sie mir das eine: Hat man Sie nicht gefunden?“

„Nein.“

„Das ist rätselhaft.“

„Wie man's nimmt. Rätselhaft wäre es, wenn die Leiche an einer Stelle gut vergraben wäre, wohin sich sonst kein menschlicher Fuß verirrt.“ „Sie sagten aber doch, Weisenstein sei ein Gelehrter. Sollte da nicht überall selbiger Untergrund sein? Auf felsigem Boden läßt sich bekanntlich nicht so leicht ein tiefes Grab schaufeln.“

(Fortsetzung folgt)

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 26. August 1920.

Besseres Bier! Es ist schon wert, diese Ueber-
schaft mit einem ausdrücklichen Ausrufungszeichen zu ver-
sehen, wenn die Nachricht, die vor kurzem durch alle
Tageszeitungen ging, der Wirklichkeit tatsächlich entsprechen
sollte. Danach ist fast von allen größeren Brauereien be-
schäftigt, künftighin das Bier wieder stärker einzubrauen
und daneben noch nach Möglichkeit eine Preissenkung
vorzunehmen. Durch Erfahrung wird man klug. Bier
jahre lang wußten unsere Brauereien samt und sonders
nichts besseres mehr zu tun, als uns den stetig steigen-
den Mehrverbrauch an Wasser in Form ständig steigender
Bierpreise aufzuhalten, und man wagte es schließlich gar
nicht mehr, sich einmal die Frage im stillen zu beantworten,
wie hoch der Bierpreis erst einmal bei 100% reinem
Wasser sein müßte. Aber als man dann daneben noch
die Erfahrung machte, daß diese Angstbrühe, die sich hinter
dem schönen deutschen Namen Bier versteckt, nicht mehr
das Trinken wert war, da zog man nach und nach die
geeigneten Konsequenzen. Früher, das wird mir jeder
zugeben, war's ein Vergnügen, sich zu betrinken, jetzt
aber war's eine Pferdearbeit geworden. Und weil der
Deutsche mit Arbeit ohnehin reichlich gesegnet ist — denn
daß „nur die Arbeit uns retten kann“ versichern ihm
täglich alle die, die selbst nichts tun wollen —, so
wandte man auf diesen Teil der uns zugehenden Mehr-
arbeit das Recht auf Streiken an. Und das ungetrunkene
Bier wurde langsam sauer, sauer wie die Mienen der
Aktionäre, die es lebhaft bedauerten, daß die neue Reichs-
verfassung keine Paragraphen über den Trinkzwang vorsah.
— Nun sind auch die Brauereien durch Erfahrung
klug geworden. Statt Dividendenjauche wollen sie wieder
richtiges Bier brauen und den Preis zudem noch ver-
billigen. Warten wir's ab, wie sie ihr Versprechen halten.
Sollte es etwa nach Art der Berliner Großkonfektion ge-
hen, die ihre Anzüge und Kostümpreise von 1 000 Mk. auf
600 Mk. und 75 Pfg. „ermäßigte“, dann wird das
Publikum auch fernethin wissen was es zu tun hat.
Tut aber eine wirklich fühlbare Preissenkung und zu-
gleich metrische Qualitätsverbesserung ein, dann wird auch
der Verbraucher sich nicht lumpen lassen. Dann werden
wir uns gern wieder unserer Vorfahren erinnern, die
immer noch eins tranken, ehe sie gingen.

Vergiftungen durch Pilze. Ein guter Pilzkenner
schreibt uns: Wie alljährlich um die Pilzzeit bringen die
Zeitungen aus allen Teilen Deutschlands Nachrichten über
vorgekommene Pilzvergiftungen und zwar heißt es stets:
Wieder sind so und so viel Menschen nach dem Genuße
giftiger Pilze schwer erkrankt oder gestorben, oder niemals
erhebt man aus diesen Meldungen, welche Art Pilze die
Ursache waren, was doch eigentlich von größtem Interesse
für die Öffentlichkeit wäre. Ausnahmsweise wurden die
Beise kürzlich an dieser Stelle sehr richtig darauf aufmerksam
gemacht, daß der in hiesiger Gegend häufig vorkommende
Knollenblätterpilz die meisten Unglücksfälle verursacht.
Sehen wir uns diesen gefährlichen Gefellen mal genauer an:
Der Knollenblätterpilz oder Schirmling-Champignon, auch
wässiger Champignon genannt, ähnelt dem echten Champignon,
dem edelsten unserer essbaren Pilze, und wird daher auch
den Nichtkennern vielfach mit diesem verwechselt, zumal er
da wächst, wo sich auch der Champignon findet, namentlich
in Wäldern truppweise, selten auf Wiesen. Der Stiel ist
am unteren Ende knollig wie eine Zwiebel und wächst nur
aus einer Hülle heraus, deren Rest um den Knollen stehen
bleibt. Nach oben wird er dünner und hat einen häutigen,
lockeren Ring, wird 3 bis 10 cm hoch und ist hohl. Seine
Farbe ist weiß. Die Blätter (Lamellen) sind weiß, beim
Champignon mattrosa, rosa und später schokoladenbraun
ungleichmäßig lang, dicht stehend und reichen bis an den
Stiel. Der Hut ist beim jungen Exemplar kegelförmig,
dann und schuppig und breitet sich später bis zu 9 cm aus,
ist trocken, bei feuchtem Wetter klebrig und mit einzelnen
weißen Schuppen besetzt. Der Rand ist kahl, glatt, nicht
gerandet. Die Farbe wechselt je nach dem Standort und
der Jahreszeit, weiß, gelblich, bräunlichgrün, aber meistens
olivgrün. Das Fleisch ist weiß, wird nie rötlich wie
Champignon und hat einen widerlichen, kartoffelartigen
Geruch, während der Geruch des Champignons angenehm
nach süß ist. Wie gesagt, ist der Knollenblätterpilz sehr
giftig und zwar in rohem, gekochtem und auch gebratenem
Zustande. Vergiftungserscheinungen treten erst 6—8 Stunden
nach dem Genuße ein.

Der französische Sprachunterricht hat hier großes
Interesse gefunden. Bis jetzt haben sich ca. 60 Teil-
nehmer gemeldet, die sich an dem bereits begonnenen
Unterricht beteiligen. Der Unterricht ist in zwei Klassen
geteilt, von denen die eine aus solchen Schülern besteht,
die schon einige Kenntnisse in der französischen Sprache
besitzen. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß
Anmeldungen täglich von 8 bis 9 Uhr abends in
der Alten Schule entgegengenommen werden.

Hinweis auf Injerat: Die U. S. P. Ortsgruppe
Schierstein hält heute Abend im „Deutschen Kaiser“ eine
große öffentliche Versammlung ab, in der die derzeitige
politische Lage erörtert wird. Referent ist Herr Poetune
aus Frankfurt.

**Die Vereinigung der Wiesbadener Obst- und Ge-
müsehändler** hat beim Polizei-Präsidium die Genehmigung
zum Verkauf von Obst und Gemüse an Sonntagen
erlangt. Die Handelskammer bestätigte diesen An-
trag unter der Voraussetzung, daß der Verkauf auf Obst
und Gemüse beschränkt und nicht auch noch auf Kolonial-
waren usw. ausgedehnt werde.

Gemeinnützige Möbelversorgung. Im Jahre
1919 ist zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung,
insbesondere Kriegsgefallener mit gutem

billigen Möbel für den Regierungsbezirk Wiesbaden, die
Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebsgesellschaft m.
b. H. Wiesbaden, Mühlstraße 7, unter Beteiligung von
13 Gemeinden, darunter auch die Städte Frankfurt und
Wiesbaden, 8 Landkreisen und der Handwerkskammer Wies-
baden gegründet worden. Die Gesellschaft bezweckt in
größerem Maßstabe gute und preiswerte Möbel herstellen
zu lassen und sie unter günstigen Zahlungsbedingungen
an die Minderbemittelten und Mittelstandskreise abzugeben.
Besonderer Wert wird auf gebogene und solide Küchen-
einrichtungen, Bohn- und Schlafzimmer gelegt. Die
Preise sind so niedrig, wie es die jetzigen Materialkosten
und Löhne gestatten, ein Gewinn wird nicht erzielt.
Um der minderbemittelten Bevölkerung die Anschaffung
von Möbeln zu ermöglichen, werden Zahlungs-
erleichterungen gewährt und zwar in der Weise, daß
bei einer Anzahlung der verbleibende Rest ohne Preis-
erhöhung innerhalb drei Jahren in Ratenzahlungen ge-
stilt werden kann.

Lebensmittelpreise, die auch hier willkommen
wären, sind in einem Würzburger Blatt zu lesen: Butter
Pfund 6.80 Mk., 3 Pfund Brot 3.15 Mk., Milch 1 Liter
1.20 Mk., Ochsenfleisch 8.50 Mk., Kalbfleisch 8 Mk., Eier
Stück 78 Pfennig.

Neue Experimente mit dem Brot? Wie ver-
lautet, beschäftigen die Ernährungsbehörden im kom-
menden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Streckung des
Brotmehls durch Zufug eines mäßigen Prozentsatzes von
präparierten Haferflocken. Unter Berücksichtigung des
Umfandes, daß unsere heimische Ernte nicht ausreicht, um
die volle Versorgung der Bevölkerung mit Brot aus Wei-
zen und Roggen zu gewährleisten, ist dieser Schritt der
Ernährungsbehörde nur zu begrüßen. Die Heranziehung
des Hafers zur Brotbereitung ist ganz besonders insofern
zu befürworten, als diese Getreideart in Deutschland in
ausreichender Menge erzeugt wird. Versuche mit Ha-
ferflocken haben außerordentlich günstige Resultate er-
geben. Infolge des hohen Nährgehalts der Flocken wird im
Gegensatz zu den bisher verwendeten mancherlei anderen
Streckungsmitteln eine Qualitäts- und Geschmacksverbess-
erung des Brotes erzielt, auf die ganz besonders hinge-
wiesen werden soll. Die außerordentlich schlechten Resultate,
welche man mit Haferbrotmehl, wie es in den letz-
ten Monaten verwendet worden ist, erzielt hat, sind bei
der Verwendung von Haferflocken ausgeschlossen, da es
sich bei diesem Produkt um ein in Spezialfabriken herge-
stelltes, aufgeschlossenes Nährmittel von hervorragender
Güte handelt. Wenn sich der Zufug von Haferflocken zum
Brotmehl verwirklichen läßt, könnte eine riesige Summe
Geld dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend
weniger Weizen aus dem Ausland eingeführt werden
müßte. In Frankreich wird die Ersparnis auf ungefähr
eine Milliarde Mark beziffert. — So schreibt die Hafer-
nährmittel-Fabrik, G. m. b. H., der wir die Verantwor-
tung für die Richtigkeit der vorstehenden Ausführungen
überlassen müssen.

Die teuren Fahrpreise zwingen insbesondere
den Mittelstand, eine niedrigere Klasse, meist die dritte,
auf ihren Reisen zu benutzen. Die dadurch erzielte Er-
sparnis wird aber, besonders bei weiteren Reisen, dadurch
verzehrt, daß die Fahrt in den Jagen vierter Klasse meist
unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nimmt. Die
heutigen hohen Reisefkosten verschlingen oft die Ersparnis
an Fahrgehalt. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die
vierte Klasse besonders auch in die beschleunigten Perso-
nenzüge aufgenommen würde, die über weite Strecken
verkehren. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, ein-
zelne Schnellzüge in beschleunigte Personenzüge mit vier-
ter Klasse umzuwandeln, wie dies zum Teil schon ge-
schehen ist. Jedenfalls müßte in alle beschleunigten Per-
sonenzüge die vierte Klasse eingestellt werden.

Auslandsporto. Bei den Postanstalten werden
täglich sehr viele Briefsendungen nach dem Auslande ein-
gelaufen, die unzureichend freigemacht sind. Dies läßt da-
raus schließen, daß die Reisenden mit den hierfür gestell-
ten neuen Gebührensätzen wenig vertraut sind. Es wird
daher darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach
dem Freistaat Danzig, Lauenburg, dem Memelgebiet,
Oesterreich, Ungarn und Westpolen (den an Polen abge-
grenzten deutschen Gebieten) die neuen Gebührensätze des
inneren deutschen Verkehrs gelten. Nach dem übrigen
Ausland sind die Gebühren für Briefe bis 20 Gr. auf
80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gr. auf 60 Pfg. und
die Gebühren für Postkarten auf 40 Pfg. festgesetzt wor-
den. Druckfachen, Warenproben und Geschäftspapiere nach
anderen als den vorgenannten Ländern unterliegen einer
Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gr.; die Mindestgebühr
beträgt für Warenproben 40 Pfg. und für Geschäftspapiere
80 Pfg. Die Einschreibgebühr beträgt bei Briefsendungen
nach den im vorstehenden bezeichneten Ländern 50 Pfg.
nach dem übrigen Ausland 80 Pfg. Eine Uebersicht der
neuen Gebühren kann durch die Postanstalten zum Preis
von 10 Pfg. bezogen werden.

Der Winterfahrplan. Nach einer Verfügung
des Reichsverkehrsministeriums an die Eisenbahndirektionen
ist die Einführung des Winterfahrplanes in diesem
Jahre erst für den 23. Oktober in Aussicht genommen.
Machgebend für diese Verfügung soll die Rücksicht auf die
besetzten Gebiete sein. In Frankreich rechnet man jetzt
nach westeuropäischer Sommerzeit die unserer Mitteleuro-
päischen Zeit entspricht, so daß ein Zeitunterschied jetzt
nicht besteht. Wie verlautet, wird Frankreich am 25. Ok-
tober zur westeuropäischen Zeit zurückkehren. Durch diese
Verfügung will man einen zweimaligen Fahrplanwechsel
vermeiden.

Die Einrichtung des Postkreditbriefts scheint
im weiten Publikum immer noch nicht genügend bekannt
zu sein. Für die Reise, sei es eine Berganwarts- oder
Geschäftsreise, kann etwas praktischeres gar nicht gedacht
werden. In jedem kleinen Rest, auch an Sonn- und Fei-
ertagen, kann der Inhaber des Postkreditbriefts sich das
zum Reisen nötige Geld erheben, so daß er niemals grö-
ßere Summen bei sich zu tragen braucht. Voraussetzung
ist nur, daß er vorher den entsprechenden Betrag einem
Postbesitzer überwiesen hat.

Vierhese gegen Maul- und Klauenseuche.
Aus Anlaß des Auftretens der Maul- und Klauenseuche,
die in mehreren Landesteilen unsere Rindviehbestände wie-
der schwer heimgeführt hat, ward auf die Heilwirkung der
Bierhese gegen diese tödliche Krankheit hingewiesen.

und zwar soll ein französischer Landwirtschaftsinspektor der
Akademie der Wissenschaften in Paris dieses Mittel ange-
geben haben. Dieser habe die Tiere vier Tage lang mor-
gens und abends je 250 Gramm frische, in einem Liter
Wasser aufgelöste Bierhese trinken lassen. Die Tiere
hätten das Mittel gern genommen, und nicht nur seien
die Eiterstellen im Munde schon nach 24 Stunden ver-
narbt, auch das so gefürchtete Fieber sei sehr schnell
wieder geschwunden. Auch trodene Hefe habe die gleiche
Heilwirkung, eine Lösung von 15 Gramm Zucker, 50 Gr.
troddener Hefe in 1 Liter lauwarmen Wassers, zwei Stun-
den vor Gebrauch warm gefressen, habe ihn die gleichen
Resultate erzielen lassen wie mit der frischen Hefe. Kein
Tier habe seine Milch verloren, und keines sei länger als
4 Tage krank gewesen.

Gegen höhere Schuhpreise.

Der Verband Deutscher Schuhwarenhandlender erklärt
einen Protest gegen die Schuhpreiserhöhung an alle an
der Schuherzeugung und deren Vertrieb beteiligten Ge-
werbszweige. Es heißt da:

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Preise
für die zur Erzeugung notwendigen Rohstoffe und Vor-
fabrikate eine steigende Richtung einzuschlagen be-
ginnen, wodurch die Schuhwarenpreise anstatt der erwar-
teten Senkung eine weitere Steigerung erfahren müssen.
Als berufene Vertretung des organisierten Schuhhandels
erklären wir hiermit öffentlich, daß die Kaufkraft der
breiten Schichten der Verbraucher für etwaige weiterange-
hende Schuhpreise nicht ausreicht. Die allgemeine
Erschöpfung der Kaufkraft des Publikums hat mit
Recht allenthalben Bestrebungen geweckt, die Preise
noch tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaft-
lichen Entwicklung der Fall war. Wie die Vorgänge der
letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der Kleinhand-
ler von dem Käufer für die Preissteigerung verantwortlich
gemacht. Diese träge Auffassung hat sich bekanntlich
in letzter Zeit sogar in Würdungen der Räten und ge-
waltigen Preissabau gehöhrt. Als die Vertretung des
von mehreren Preissteigerungen in erster Reihe betroffenen
Standes müssen wir daher unsere wartende Stimme
erheben und hiermit öffentlich erklären, daß der Schuh-
handel fest entschlossen ist, weiteren Preissteigerungen für
Schuhwaren den größten Widerstand entgegenzusetzen. Er
fordert hiermit aber auch alle an der Herstellung und dem
Vertrieb der Schuhwaren beteiligten Kreise auf, gleich-
sam die Ablehnung höherer Preise und den von ihm da-
mit beabsichtigten Druck auf eine Preislenkung auch auf
ihre Vorlieferanten zu übertragen.

Auch der Bund Deutscher Schuhmacherrinnungen nahm
auf seinem Verbandstag Stellung zu den Preisen und
bedauerte die furchtbare Wirkung der sinnlosen Preisstei-
gerung auf dem Ledermarkt auf das tiefste. Es liegt im
besonderen Interesse der gesamten Bevölkerung und des
Schuhmacher-Handwerks, wenn auf dem Haut- und Le-
dermarkt rasch ein dauernder Preisstand herbeigeführt
werde.

Kleine Chronik.

Die Mannheimer Diebe. Die umfangreiche Un-
tersuchung in der Diebstahlsangelegenheit auf dem Mann-
heimer Rangierbahnhof ist nunmehr beendet. Von 330
zur Untersuchung vorgelegten Fällen wurden 232 in den
Inflanzestand erhoben, während das Verfahren gegen
98 Angeklagte auf Grund des Ergebnisses der Unter-
suchung eingestellt worden ist. Gegen 80 Angeklagte hat
das Hauptverfahren vor der Strafkammer noch zu er-
folgen, während die übrigen Angeklagten bereits verur-
teilt worden sind. Die bisher verhängten Strafen be-
tragen sich zwischen einer Woche und zwei Jahren und neun
Monaten Gefängnis.

Verwegener Straßenraub. Bei Rodlingshausen
wurde ein verwegener Straßenraub und mehrfacher Mord
verübt. Auf der Hornberger Straße wurde ein Fahren-
sruhrwerk der Hebe Emscher Lippe, das etwa zwei Mil-
lionen Mark als Lohnungsgehalt aus der Stadt brachte,
von vier maskierten Banditen, die im Auto angefahren
samen, überfallen. Die Räuber schossen den Fahrer und
die zwei Begleitenden nieder und raubten etwa eine
Million Mark, darauf entkamen sie unerkannt im Auto.
Bisher fehlt jede Spur von ihnen.

Wie ist das möglich? Für Brückenbauten im
nördlichen Rheinland, die von der Eisenbahnverwaltung
ausgeführt werden sollen, wurden von 21 Unternehmern
Preisangebote eingeholt. Obwohl die Firmen über Art
und Größe der auszuführenden Arbeiten genau durch Orts-
beurteilung aufgeklärt waren, ergab sich bei den Angeboten
ein kaum glaublicher Unterschied. Das billigste Angebot
lautete auf 1,931 305,50 Mk., das höchste auf 9 000 492,50
Mk. Man scheint also besondere Genauigkeit bei der
Pfeilnagelrechnung beobachtet zu haben, der Unterschied
von mehr als sieben Millionen Mark erscheint den Re-
chenkünstlern nebenächlich.

Deutsche Heilstätte in Davos. Der Vorstand
der Deutschen Heilstätte in Davos und ihrer zweiten An-
stalt, des Hauses in Agra, gibt bekannt, daß die ihm an-
vertrauten Heilanstalten, die bereits Tausenden an Tuben-
kranke Deutschen dienen, uneingeschränkt im Ver-
triebe sind. Die Verpflegungsbeiträge werden in ihrer
Satzungsgemäß niedrigst bemessen. Die genannten An-
stalten nehmen Kranke auf, die nicht in der Lage sind,
die Kosten für ein Heilverfahren in einem Privatsanato-
rium aufzubringen. Zurzeit betragen die täglichen Kosten
bis zu 10 Franken für alle solche Kranke, die eine Ver-
sicherung beibringen, daß ihre Verhältnisse ihnen ein
größere Aufwendung für Kurzwede nicht gestatten. Lands-
mannschaftliche Beiträge für die gemeinnützige Heilstätte
nimmt die Direktion der Distrikto-Gesellschaft in Berlin,
Postfach 1250, entgegen.

Staubreinigung von Uhrfabrikwerken. Ein
überraschend einfaches Mittel zur Reinigung des Räder-
werkes von stehenden gebliebenen Ölen gibt „Scientific Ame-
rican“ an. Unter das Räderwerk wird ein mit Petrol-
leum getränkter Wattebausch gelegt und 24 Stunden lang
gelassen. Untersucht man dann den Wattebausch, so
finden sich auf ihm Flecke, die von dem Staub herrühren,
der unter der Einwirkung der entwichenen Petroleum-
dämpfe sich abgesetzt hat und herabgetropft ist. Gewöhnlich
ist das Räderwerk durch dieses Verfahren soweit gerei-
nigt, daß es nicht wieder in Gang zu setzen ist.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Kartoffeln.

In den hiesigen Kartoffeln-Verkaufsstellen gelangen für die 35. Woche (Abschnitt 2 der Kartoffelarten 6) Pfd. Kartoffeln, das Pfund zu 45 Pfg., zur Ausgabe.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Rindviehbestande des Landwirts Christian Schmidt, Moritzplatz 6, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Ueber das Grundstück des Genannten wird hiermit die Gehöftsperrung verhängt.

Die unter dem Schweinebestande der Ludw. Reinh. Stritter Ww., Adolfsstraße 21, ausgebrochene Badsteinblattern sind erloschen.

Die verhängte Sperre über dieses Gehöft wird hiermit aufgehoben.

Ausbildung einer Hebamme.

Der Gemeindevorstand hat die Ausbildung einer neuen Hebamme beschlossen und werden geeignete Personen ersucht, sich unter Vorlage eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, bis 1. September dieses Jahres bei der unterzeichneten Stelle zu melden.

Betr. Einzahlung der fälligen Holz- und Grassteiggelder.

Die Einzahlung der fälligen Holz- und Grassteiggelder, sowie der noch rückständigen Gemeindesteuer wird hiermit erinnert. In Kürze beginnt das Beitreibungsverfahren.

Betr. Quartiergelder.

Die noch rückständigen Quartiergelder werden, nächsten Montag, den 30. August, vormittags von 8 bis 12 Uhr, bei der Gemeindefasse eingezahlt.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Westchen und eine Peitsche.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathhauses.

Warnung.

Es hat sich bemerkbar gemacht, daß im Kreis Käufer auftreten, welche versuchen, von Getreidebesitzern Brotgetreide, Gerste und Hafer, hauptsächlich aber Weizen zu sehr hohen Preisen zu erstehen und diese Früchte im Schleichwege wieder zu noch höheren Preisen nach Vermahlung zu Mehl oder Verarbeitung zu Nahrungsmitteln usw. weiter zu veräußern.

Da das Getreide für 1920 sämtlich der Beschlagnahme unterliegt, mache ich darauf aufmerksam, daß Verkäufe von Getreide, außer an den Kommunalverband des Landkreises Wiesbaden durch den hierzu amtlich bestellten Aufkäufer streng verboten sind.

Ich warne jeden Getreidebesitzer davor, sich mit dergleichen, die Kreisversorgung schädigenden Geschäften und nicht befugte Käufer oder Händler einzulassen.

Ich habe die Polizeibehörden angewiesen, streng darüber zu wachen, und werde bei festgestellten Verfehlungen ohne Rücksichtnahme mit der nötigen Schärfe vorgehen.

Sich ergebende Feststellungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung der Staatsanwaltschaft und dem Buchergericht zur Aburteilung vorgelegt und dem Getreideverkäufer zutreffenden Falles die Selbstversorgung entzogen.

Ich weise hiermit nochmals darauf hin, daß den Landwirten nicht zusteht, Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse (Mehl usw.) durch sich oder dritte Personen außer dem von dem Kommunalverband vorgeschriebenen Weg zu veräußern.

Die versorgungsberechtigte Bevölkerung des Kreises ersuche ich, in ihrem Interesse mit auf den Verkehr des Getreides in den einzelnen Orten zu achten und mir gegebenen Falles bei Verfehlungen Anzeige zu erstatten.

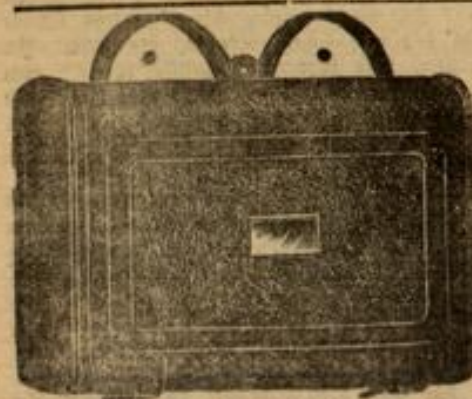
Nicht berechtigt auftretende Käufer oder Schleichhändler sind dem nächsten Polizeibeamten oder Bürgermeister zu melden.

Nur unter Mitwirkung Aller können dem Kreis für die Versorgung auf das ganze Jahr die nötigen Bestände gesichert, und die Verabreichung eines guten Brotes ohne schädlich wirkende Zusatzstoffe gewährleistet werden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. B.: Scheffler, Kreisdeputierter.

Wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Der für Schierstein amtlich bestellte Aufkäufer ist der Händler Ferdinand Schünberger, hier, Luisenstr. 6.
Schierstein, den 24. August 1920.
Der com. Bürgermeister Kessels.



Schul- ranzen

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Offertiert als
Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10.

Verzogen nach Kirchgasse 44, Parterre

gegenüber Kaufhaus
M. Schneider,
(früher Grosse Burgstrasse 10.)

Kirchgasse 44
(Parterre)

Samson & Co.

G.
m.
b.
H.

Kirchgasse 44
(Parterre)

Wiesbaden.

Photographisches Atelier mit billigen Preisen.

(Vergrößerungsanstalt.)

Danksagung.

Für die uns aus Anlass unserer Vermählung
übermittelten Glückwünsche sagen wir hiermit un-
seren herzlichsten Dank.

Schierstein, den 26. August 1920.

Oskar Kuhn und Frau
Paula geb. Siegert.

Für Reich, für Arm, für Mittelstand,
Modernste Stadt, solidstes Land,
Für Jünglinge, für Männer,
Für Laien wie für Kenner.

Ob alt, ob jung, ob gross, ob klein,
Kommt er in mein Geschäft hinein,
Er findet alles was ihm passt,
Zum Preis, man sagt gestohlen fast.

Anzüge, Ulster, alle Hosen,
In Passform grad wie angegossen.
Ueberzieher für Herbst und Winter
So preiswert, dass selbst staunt ein
Blinder.

Auswärtige erhalten beim Kauf
Das Fahrgeld gar noch obendrauf.
Denn wer nicht unnütz Geld gibt aus
Eilts Monatsgarderobenhaus

Prinzip: Kleinste Spesen,
geringster Nutzen.

Erstes Mainzer

Monats-Garderobenhaus,

Schusterstr. 34, I Schusterstr. 34, I

Kein Laden! MAINZ Kein Laden!

Achten Sie auf Hausnummer.

Auswärt. Kunden erhalten bei Kauf eines Anzuges
oder Paletots Fahrgeld bis zu 10 Mark vergütet.

Acker oder Wiese

gekauft. Gute Bezahlung.
Angebote unter A. K. an
den Verlag d. Ztg.

Achtung!

Kaufe alte Strickmollen, Schafwolle
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zinn-
geschirr, usw. zu den höchsten Tages-
preisen. **Milberg, Mainz,**
Quintusstr. 12.

Gebrauchter, transportabler

Gußkessel

(Zutterkessel)

zu verkaufen.

Dohheimerstr. 41.

Eingetroffen!

Haushaltungskerzen, in Paket,
8 Stück, à 1.50 M.
1a Malzhafeemischung in 1/2-Pfd.
Paketen 6.— M.
1a Kartoffelmehl Pfd 4.— M.
Zitronen, Stück 0.60, 0.65 M.
1a Engl. Sunen-Monday-Seife
200 g, St. à 4.50 M.
Eiffelmilch-Seife, St. 3.25 M.
Engl. Kernseife, St. 5.75 M.
1a Reis, Pfund 4.50 M.
und verschiedenes mehr.

Kaufhaus P. Knab

Telefon 390

Zwei schöne, junge

Gänse

zu verkaufen.

Friedrichstraße 30.

U. S. P.

U. S. P.

Heute abend 8 Uhr, große öffentliche

Verammlung.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750 "
14 kar. Gold 585 "

8 kar. Gold 333 gest. von 30.00 an

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegenüber
Kirchgasse 70, Mauritiusplatz

Tanzunterricht.

Erteile Tanzunterricht für ältere Damen u. Herren ungenü-
in Boston, Foxtrot usw., sowie der neueste Tanz (Slagen)

Hochachtungsvoll

Anton Horne, Karlstraße 14.

N. B. Hauptkursus: Freitags u. Dienstags abends
im Saale zum „Deutschen Kaiser“.

Für Tierhalter

1a Trocken-Karotten

feinste Speiseware, bester Haferertrag

alle sonstigen Futtermittel

Leopold Marx, Wiesbaden,

Wörthstraße 5.

Fernruf 602.

Ortsbauernschaft Schierstein

Samstag abend 8 1/2 Uhr,

Zusammenkunft

im „Rheingauer Hof“.

Der Vorstand.

Große Faßversteigerung!

Montag, den 30. August 1920, vorm.
9 Uhr beginnend, versteigere ich Dagobert-
straße 7 in Mainz (am Südbahnhof)

30 Stückfässer,

neu,

150 Halbstückfässer, teils neu, teils gebraucht

J. Gefner,

Gerichtsvollzieher in Mainz.

Grosse Auswahl in fugenlosen

Trauringen.

Moderne Kugelform.

In 8, 14, 18 und 22 Kar.
Gold von 30.— Mk. an

Juwelier Singer,

Wiesbaden, Langgasse 4.

Gebr. aut. erhaltenes
Tafel-Klavier preis-
wert
zu verkaufen. Rab. Expedition

Kürbisse

zu verkaufen.

Mainzerstr. 20.

Säcke An- und Vert. uf

Säcke werden zur Repa-

Säcke werden vertichen.

Metalle und Lumpen

kauf zu höchsten Tagespreisen

Sackgroß. Niesel & Sperber

Wiesbaden, Dohheimerstr. 18.

Telefon 6129.

Junges Mädchen sucht
Monatsstelle.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

Älterer Kellner

sucht für Sonntags Beschäftigung

Sauer,

Bierich, Mainzerstr. 14.

Täglich

fürber Apfelmost

(auch über die St. 120)

p. Glas Mt. 1.20

Ph. Siegert, Reichsplatz